

Schlei Bote - Freitag, 02.09.2011

## Noch sieben Bewerber für Waffenschule

**Fünf von zwölf Interessenten abgesprungen / Vorstellung der potenziellen Entwickler im nicht öffentlichen Teil einer Sondersitzung der Stadtvertreter Kappeln**

Die Zahl der Bewerber für die Entwicklung des Geländes der früheren Marinewaffenschule hat sich von zwölf auf sieben verringert. Dies wurde am Rande der Stadtvertretersitzung am Mittwochabend bekannt. Bis zum Ablauf der Bewerberfrist am 22. Juli hatten sich zwölf Interessenten bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) gemeldet (wir berichteten), von denen jedoch nicht alle das komplette Areal erschließen wollten. Inzwischen sind fünf wieder abgesprungen. Die verbliebenen sieben Bewerber sollen sich nun in einer Sondersitzung der Stadtvertretung vorstellen. Danach wird erneut gesiebt, so dass drei Kandidaten für eine zweite Sitzung übrig bleiben.

Der Termin für die erste Sitzung ist ungewöhnlich. Denn die weitgehend nichtöffentliche Sondersitzung der Stadtvertreter ist für Sonnabend, 17. September, ab 9.30 Uhr anberaumt. Lediglich ein kleiner formaler Teil vorweg mit Einwohnerfragestunde ist öffentlich. Wenn es aber um die Vorstellung der Interessenten und ihrer Konzepte geht, müssen die Bürger den Ratssaal verlassen. Dies haben die Stadtvertreter so beschlossen. In der Verwaltungsvorlage wird dies damit begründet, dass es in dieser Sitzung um Betreiberkonzepte und Betriebsgeheimnisse gehe. Diese Rechtsauffassung teilt – laut Verwaltungsvorlage – auch die Kommunalaufsicht des Kreises.

Zuvor hatten die Grünen einen Antrag eingebracht, in dem sie auch diesen Tagesordnungspunkt in der Stadtvertretersitzung am 17. September öffentlich verhandeln wollten. Während der Versammlung änderte die Fraktion dann ihren Antrag, indem sie für die Vorstellung der Bewerber und ihrer Konzepte vor der Endauswahl, also der zweiten Sondersitzung hierzu, eine öffentliche Einwohnerversammlung vorschlug. Erst danach sollte dann in nichtöffentlicher Sitzung der Stadtvertreter die Entscheidung über den Zuschlag erfolgen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Norbert Dick, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass es sich beim Gebiet der Marinewaffenschule nicht um eine Grundstücksangelegenheit außerhalb der Öffentlichkeit handle. „Hier geht es um einen wesentlichen Teil der Stadtentwicklung mit erheblichem

öffentlichen Interesse.“ Deswegen solle man nicht im Geheimen tagen, zumal die Stadtvertreter sich sonst auch kein Bild von der öffentlichen Meinung machen könnten. Für diese Vorgehensweise sollte man zuvor das Einverständnis der Bewerber einholen. Die Änderung des Antrags begründete Dick damit, dass erst bei drei Bewerbern belastbares Zahlenmaterial vorlege und dass eine Einwohnerversammlung keinem der Akteure einen Vorteil verschaffe.

Bürgermeister Heiko Traulsen hatte dagegen diesen Antrag Bedenken. „Wir werden uns über Konzepte unterhalten, und dann in einer zweiten Runde ins Detail gehen. Und bei Fragen zu Finanzierung und Konzepten, da müssen die Bewerber – entschuldigen Sie den Ausdruck – die Hosen runterlassen. Das kann nicht funktionieren, wenn die Öffentlichkeit dabei ist.“ Zudem sei der Bund und nicht die Stadt Verkäufer des Areals.

SPD-Fraktionsvorsitzender Rainer Moll meinte: „Wir werden nichts verheimlichen, doch wir sind dazu gewählt, unbequeme Entscheidungen zu treffen.“ Sein Kollege von der LWG, Michael Arendt, äußerte dagegen Sympathie für das Anliegen der Grünen: „Wir möchten die Öffentlichkeit unterrichtet wissen, um sie mitzunehmen in Entscheidungsprozesse der Lokalpolitik.“ Allerdings hatte auch Arendt einige Bedenken gegen dieses aus seiner Sicht mögliche Vorhaben. So sei eine vergleichende Bewertung in öffentlicher Sitzung nicht zulässig. Auch warnte Arendt vor Verfahrensfehlern, die man bei einem solchen Vorgehen nicht ausschließen könne. „Ich bin mir nicht sicher, wie ich hier entscheiden soll.“

Das wusste CDU-Fraktionsvorsitzender Horst Trauzettel sehr wohl. „Eine Beteiligung der Öffentlichkeit macht nur Sinn, wenn man ein Ergebnis erwartet. Wie will man aber bei 7000 bis 8000 Wahlberechtigten ein Ergebnis abfragen? Das wird schwer.“ Trauzettel erinnerte daran, dass man dies in Stuttgart beim Bahnhofsbau über einen Bürgerentscheid klären lassen wolle. Doch wie solle man das hier bei sieben Bewerbern machen? Trauzettel: „Es kann doch nicht der den Zuschlag bekommen, der am lautesten schreit. Ich denke, das ist eine Rede zum Fenster hinaus. Bis zur nächsten Kommunalwahl im Frühjahr 2013 ist es noch weit, aber offensichtlich läuten schon jetzt die Glocken.“

Norbert Dick stellte klar, dass auch für seine Fraktion die Bewerber im nichtöffentlichen Teil der Sondersitzung „die Hosen herunterlassen“ sollten. „Deswegen haben wir den Antrag geändert.“ Bürgermeister Traulsen blieb bei seiner ablehnenden Haltung. „Wir wollen doch nicht, dass ein Mitbewerber in einer Konkurrenzsituation irgendetwas vom Vorhaben eines anderen mitbekommt.“ Letztlich gab es für den Antrag der Grünen drei Stimmen bei einer Enthaltung und 13

Gegenstimmen.

Nach der Sondersitzung der Stadtvertreter am Sonnabend, 17. September, werden am darauf folgenden Montag und Dienstag die Fraktionen tagen, um die Auswertung vorzunehmen. Danach sollen noch drei Bewerber übrig bleiben, die dann in einer weiteren Stadtvertretersitzung im Oktober ihr Konzept im Detail vorstellen. An welchem Termin die Oktober-Sitzung abgehalten wird, ist noch nicht klar. Doch schon jetzt fest, dass es kein Sonnabendvormittag sein wird. Dazu der Leitende Verwaltungsbeamte Jörg Exner: „Bei dann noch drei verbleibenden Bewerbern benötigen wir nicht so viel Zeit wie bei sieben, da brauchen wir kein Wochenende anzutasten.“

**yv**